

THOMAS PETERSEN

Individuelle Freiheit und allgemeiner Wille

Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften

93

Mohr Siebeck

Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften

Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Band 93

Begründet von

ERIK BOETTCHER

Unter der Mitwirkung von

HANS ALBERT · GERD FLEISCHMANN · DIETER FREY · CHRISTIAN KIRCHNER
ARNOLD PICOT · VIKTOR VANBERG · CHRISTIAN WATRIN · EBERHARD WITTE

herausgegeben von

KARL HOMANN

Individuelle Freiheit und allgemeiner Wille

Buchanans politische Ökonomie
und die politische Philosophie

von

Thomas Petersen



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Petersen, Thomas:

Individuelle Freiheit und allgemeiner Wille : Buchanans politische Ökonomie und politische Philosophie / von Thomas Petersen. – Tübingen : Mohr, 1996
(Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften ; Bd. 93)

ISBN 3-16-146580-6 / eISBN 978-3-16-162921-1 unveränderte eBook-Ausgabe 2024
NE: GT

© 1996 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde belichtet aus der Linotype-Garamond von Computersatz Staiger in Pfäffingen und von der Druckerei Gulde in Tübingen auf archivfähigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Weissenstein in Pforzheim gedruckt. Den Einband besorgte die Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen nach einem Entwurf von Alfred Krugmann in Stuttgart.

ISSN 0424-6985

Für Elisabeth und Johannes

Vorwort

Die ökonomische Theorie der Politik bestimmt heute in nicht geringem Maße unser Denken über Politik und Staat. Nicht zuletzt deshalb leistet diese Theorie einen wichtigen Beitrag zur politischen Philosophie. Worin dieser Beitrag besteht, soll in diesem Buch untersucht werden.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Werk James McGill Buchanans, der die ökonomische Theorie des Staates in besonderer Weise als Herausforderung der politischen Philosophie verstanden und formuliert hat. Wesen, Leistung und Grenzen der ökonomischen Theorie des Staates sollen bestimmt werden, indem diese sowohl im Kontext der Herausbildung der modernen Ökonomik als auch im Kontext der Tradition politischer Philosophie diskutiert wird. Damit ist nicht allein die angelsächsische Tradition der politischen Philosophie gemeint, auf die sich Buchanan explizit bezieht, sondern auch die kontinentaleuropäische, für die Namen wie Kant und Hegel, aber auch Rousseau und Montesquieu stehen. Für drei dieser Autoren ist der »allgemeine Wille« ein Begriff von zentraler Bedeutung. Alle vier aber ordnen sich in je spezifischer Weise dem Zeitalter der amerikanischen und französischen Revolution zu. Hieraus ergeben sich Berührungspunkte besonders mit Buchanans Projekt der »konstitutionellen Revolution«.

Das vorliegende Buch ist die geringfügig überarbeitete Fassung einer Schrift, die 1995 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Heidelberg als Habilitationsschrift angenommen worden ist. Danken möchte ich an dieser Stelle Malte Faber und Friedrich Fulda, die durch ihre kritische Aufmerksamkeit und ihre zahlreichen Anregungen viel zu dieser Schrift beigetragen haben. Für wichtige Hinweise bin ich Peter Bernholz, Winfried Brugger, Karl Homann und Birger Priddat verpflichtet, ebenso Reiner Manstetten sowie Bernd Klauer und Thilo Löwe. Danken will ich nicht zuletzt meiner Frau Andrea, die mich bei meiner Arbeit sehr unterstützt hat. Gedankt sei schließlich auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Entstehen dieses Buches durch ein Habilitationsstipendium ermöglicht hat.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
---------------	-----

Einleitung	3
------------------	---

Erster Teil

Politik und individuelle Präferenz

Kapitel I

Die ökonomische Theorie der Politik zwischen Aristoteles und Adam Smith?	10
---	----

1. Politik und Ökonomik bei Aristoteles	12
2. Der Bruch mit der Aristotelischen Tradition bei Thomas Hobbes	17
3. Die politische Ökonomie Adam Smiths	23
3.1. Selbstinteresse und Markttausch	23
3.2. Politik und Ökonomie	26

Kapitel II

Vom Utilitarismus zur reinen Ökonomik	32
---	----

1. Der Utilitarismus	33
1.1. Der »klassische« Utilitarismus: Bentham und Mill	33
1.2. Kritik und neuere Entwicklungen	41
2. Utilitarismus und Wohlfahrtsökonomik	44
2.1. Nutzen und Wohlfahrt	44
2.2. Die Entstehung der Public-Choice-Theorie aus der Wohlfahrts- ökonomik und die Soziale Wohlfahrtsfunktion als Erbe des Utilitarismus	58
3. Die reine Ökonomik	64

Kapitel III

Die ökonomische Theorie des Staates.....	74
1. Public-Choice-Theorie und ökonomische Theorie des Staates in ihrem Verhältnis zur Wohlfahrtsökonomik	74
2. James McGill Buchanans ökonomische Theorie des Staates	83
2.1. The Calculus of Consent	85
2.1.1. Subjektivistische Ökonomik, Pareto-Optimalität und Einstimmigkeitsregel	88
2.1.2. Konsens, gegensätzliche Interessen und individueller Kalkül	89
2.1.3. Theorie der Demokratie	92
2.1.4. Entscheidungsregeln, soziale Interdependenzkosten und Umfang des Kollektiven Handelns	97
2.1.5. Mehrheitsregel, Umfang des Kollektiven Handelns und Redistribution	100
2.1.6. Schluß	102
2.2. Die Theorie des Gesellschaftsvertrages in »The Limits of Liberty«.....	103
2.2.1. Die Entstehung des Rechts – Buchanans Modell des Naturzustands zwischen den Konzeptionen Hobbes' und Lockes	107
2.2.2. Der Leistungsstaat – die Theorie öffentlicher Güter in »The Limits of Liberty«	113
2.3. Ökonomischer Konstitutionalismus	118
2.3.1. Theorie der Gewaltenteilung	121
2.3.2. Die ökonomische Deutung der Vertragsfigur	123

Zweiter Teil

Das Problem der Freiheit, das allgemeine Interesse und der allgemeine Wille	133
Einleitung	135

Kapitel IV

Die ökonomische Theorie der Politik in der Diskussion und das allgemeine Interesse	137
1. Einwände gegen die ökonomische Begründung des demokratischen Verfassungsstaates	139

2. Das Problem der Erhaltung des gewaltenteilenden Verfassungsstaates und die »konstitutionelle Revolution«	143
3. Das Problem des allgemeinen Interesses	150
4. Das »konstitutionelle Interesse« – eine Präferenz zweiter Ordnung oder ein allgemeines Interesse an Freiheit?	156
5. Das Interesse an der Freiheit	164

Kapitel V

Die Freiheit als Grundlage und Ziel kollektiven Handelns	170
1. Die Freiheit als »höchster Wert«	170
2. Die Freiheit als Wesen des Menschen und der allgemeine Wille	175
3. Kommunikative Freiheit und kommunikatives Handeln	184
3.1. Konsens und Diskurs	184
3.2. Diskursive Politik und das Problem individueller Rechte	191
Einleitende Bemerkungen zur Rechtsphilosophie Kants und Hegels	198

Kapitel VI

Rechtliche Freiheit bei Kant.....	205
1. Kants Begriff des Rechts	208
2. Recht, Besitz und allgemeiner Wille	211
3. Private und politische Freiheit	219
4. Unmittelbares und konstitutionelles Interesse: der Verfolg des Glücks und der Zweck der Freiheit	221

Kapitel VII

Ökonomie und Staat in Hegels Rechtsphilosophie.....	228
1. Wille, Rechtsbegriff und Sittlichkeit	231
2. Die »bürgerliche Gesellschaft« und die ökonomische Theorie der Politik	235

2.1. Die individuelle Freiheit in der bürgerlichen Gesellschaft	236
2.2. Der Staat als Mittel privater Zwecke	238
2.3. Die Gefährdung der »geordneten Anarchie« und die Tendenz zum Wohlfahrtsstaat in der bürgerlichen Gesellschaft	240
2.4. Die Freiheit als »archimedischer Punkt« der Theorie	244
3. Staat und Freiheit	247
3.1. Der Staat als Selbstzweck	248
3.2. Staat und Revolution	252
3.3. Die Selbsterhaltung der Verfassung der Freiheit	258
Literaturverzeichnis	265
Namensregister	275
Sachregister	277

Erster Teil

Politik und individuelle Präferenz

Neque enim est ulla res in qua propius ad deorum
numen virtus accedat humana, quam civitatis aut
condere novas aut conservare iam conditas.

Cicero, De re publica

Einleitung

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist die ökonomische Theorie des Staates. Sie bildet einen Teil der ökonomischen Theorie der Politik, einer Disziplin der Ökonomiewissenschaft, die sich in den letzten vierzig Jahren entwickelt und sich inzwischen fest etabliert hat. Diese Disziplin wird häufig auch als »Neue politische Ökonomie« bezeichnet, und im angelsächsischen Sprachraum ist die Bezeichnung »Theory of Public Choice« für sie geläufig, Theorie der öffentlichen Wahl.

Die Public-Choice-Theorie ist das herausragende Beispiel einer Reihe von Entwicklungen innerhalb der modernen Ökonomik, für die die Ökonomen selbst den Begriff des »ökonomischen Imperialismus« gefunden haben. Damit sind Bestrebungen gemeint, auch andere Bereiche als den der Güterwirtschaft mit ökonomiewissenschaftlichen Begriffen und Methoden zu beschreiben und zu analysieren. Für die ökonomische Theorie der Politik bedeutet das, daß es darin um mehr geht als um die monetären Aspekte politischer Tätigkeiten und Institutionen, um den Staatshaushalt oder darum, wie der Staat am besten den materiellen Wohlstand der Nation fördern kann. Diese Theorie ist vielmehr darauf aus, von Politik und Staat selbst einen ökonomischen Begriff zu geben.

Sollte aber ein solcher Begriff tatsächlich möglich sein und nicht nur in metaphorischer Bedeutung von einem »Stimmenmarkt« oder dem Politiker als einem »Unternehmer« die Rede sein können, mußten sich zunächst die Grundbegriffe der Ökonomik in bestimmter Weise generalisieren lassen. Das geschah, indem in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts eine »analytische« Auffassung von der Ökonomik an die Stelle einer bis dahin vorherrschenden »ontologischen« trat. War die Ökonomik nach der »ontologischen« Interpretation eine Wissenschaft, die sich mit den Bedingungen materiellen Wohlstands befaßte, so hatte sie nach der »analytischen« mit der Verwendung knapper Mittel für alternative Ziele zu tun. So entstand die Konzeption einer »reinen Ökonomik« als einer rationalen Entscheidungstheorie, für die die Güterwirtschaft und die Sphäre des »material welfare« nur noch ein Gegenstandsbereich unter mehreren

ist. Die Rationalität der ökonomischen Entscheidung liegt in einem ihr zugrunde liegenden Kosten-Nutzen-Kalkül: Der Nutzen, der in der Erreichung der jeweiligen Ziele besteht, soll maximiert, die Kosten, der Aufwand an Mitteln, minimiert werden. Nutzen und Kosten stellen hierin keine objektiven Faktoren dar, sie lassen sich auch nicht immer in Preisen messen. Wieviel Nutzen ein Individuum aus einer gewählten Alternative zieht, und wie hoch die Kosten sind, die in den verworfenen Alternativen bestehen, hängt allein von den Präferenzen, die das Individuum für diese Alternativen hat, und von seiner Präferenzordnung ab. Präferenzen aber sind stets individuelle Präferenzen, und sogenannte soziale Präferenzen sind für die Ökonomik nur aggregierte individuelle Präferenzen. Das Entscheidungssubjekt, das nach seiner individuellen Präferenzordnung seinen Nutzen maximiert und die Kosten minimiert, ist der *homo oeconomicus*.

Zur älteren politischen Ökonomie, in die noch das Werk Adam Smiths gehört, verhält sich die »neue politische Ökonomie« wie deren Inversion. Ihr Referenzpunkt ist nicht der »Haushalt«, der Reichtum eines staatlichen Ganzen oder einer Nation, und sie will nicht wie der »Wohlstand der Nationen« den Staatsmann lehren, wie er den Reichtum von Staat und Bürgern am besten fördern kann. Die »neue politische Ökonomie« geht umgekehrt vom Individuum und dessen Nutzenkalkül aus und versucht daraus nicht nur das staatliche Handeln, das ihr zum »kollektiven Handeln« wird, sondern auch die Gestalt und das »Design« öffentlicher Institutionen zu verstehen und nach einem solchen Kalkül zu beurteilen.

Daß die ökonomische Theorie der Politik zu einer Theorie von philosophischem Interesse wurde, erklärt sich durch ihre Entstehung aus der modernen Wohlfahrtsökonomik, die ihrerseits ein Resultat des Einflusses ist, die der Utilitarismus auf die Ökonomik ausgeübt hat. Die Wohlfahrtsökonomik hat das utilitaristische Ziel des »größtmöglichen Glücks der größtmöglichen Zahl« in das eines ökonomisch bestimmbareren Wohlfahrtsmaximums übersetzt, worunter gewöhnlich ein möglichst großes Volkseinkommen und eine optimale Ausstattung mit öffentlichen Gütern wie allgemeiner Schulbildung, Gesundheitsfürsorge, Rechtsschutz und dergleichen verstanden wird.

Die Wohlfahrtsökonomik gelangte nun zu der Auffassung, daß ein solches Wohlfahrtsmaximum nicht zu erreichen ist, wenn die Bereitstellung der privaten und der öffentlichen Güter der spontanen Koordination durch den Markt überlassen bleibt. Dieses »Marktversagen« muß der Staat kompensieren, der in seinem Tun sich von der ökonomischen Wissenschaft leiten lassen soll, die die Bedingungen des Wohlfahrtsmaxi-

mums kennt und womöglich auch besser als die Einzelnen weiß, worin dieses Wohlfahrtsmaximum eigentlich besteht. Die Wohlfahrtsökonomik spielt darin die Rolle des »unparteiischen Beobachters« des Utilitarismus, der weiß, worin das Glück aller besteht, und weist dem Staat die Rolle des von der utilitaristischen Ethik geleiteten Politikers zu.

Die Public-Choice-Theorie führte nun gegen die Wohlfahrtsökonomik ein methodologisches Argument an, das unmittelbar eine praktisch-philosophische oder »normative« Implikation zu haben scheint. Dieses Argument besagt, daß sich in einem objektiven Sinne gar nicht von »Wohlfahrt« und einem »Wohlfahrtsmaximum« sprechen läßt. Worin Wohlfahrt besteht und wann sie ihr Maximum erreicht, können nur die Individuen wissen, um deren Wohlfahrt es geht, aber nicht die ökonomische Wissenschaft. Indem sie feststellte, daß allein das Individuum selbst darüber entscheiden kann, was nützlich und gut für es ist, schien sie ihm zugleich das Recht zu dieser Entscheidung zuzusprechen. Daher wurde die Wohlfahrtsökonomik nicht nur wegen ihrer unwissenschaftlichen, arbiträren Annahmen kritisiert, sondern auch wegen ihres Paternalismus, der sich über die Präferenzen der Individuen hinwegsetze. Mit ihrer These, die Politik sei nur der Prozeß eines Ausgleichs von Interessen und ganz von den Präferenzen der Individuen abhängig, ist die Public-Choice-Theorie offenbar ganz natürlicherweise eine liberale politische Theorie.

Um die Politikkonzeption der Wohlfahrtsökonomik zurückzuweisen, in der der Staat als neutraler Dritter oder »wohlwollender Diktator« das Gemeinwohl oder die allgemeine Wohlfahrt fördert, genügt es nicht, nur die politischen Prozesse als abhängig von individuellen Präferenzen zu deuten. Um ihrer Kritik Nachdruck zu verleihen, muß die Public-Choice-Theorie die Fiktion eines von den Individuen unabhängigen und neutralen Staates zerstören. Daher entwickelt sie eine ökonomische Theorie des Staates, worin dieser in seinen Institutionen als ein Resultat des Nutzenkalküls des *homo oeconomicus*, oder richtiger: einer Pluralität von *homines oeconomici*, verstanden wird. Damit wird die ökonomische Theorie der Politik, anders als die Wohlfahrtsökonomik, zu einer fundamentalen politischen Theorie, und weil sie die staatlichen Institutionen als Resultat einer Übereinkunft denkt, entwickelt sie eine Theorie des Gesellschaftsvertrages. Der Gesellschaftsvertrag wiederum wird als ein erweiterter Markttausch gedacht.

Der bedeutendste Entwurf einer ökonomischen Theorie des Staates stammt von dem amerikanischen Ökonomen und Finanzwissenschaftler James McGill Buchanan, einem der Mitbegründer und wichtigsten Autoren der Public-Choice-Theorie. Sein Werk, für das er 1986 den Nobel-

preis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hat, steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Buchanans Vertragstheorie des Staates lehnt sich eng an den »Leviathan« von Thomas Hobbes an, dessen Größe sie zwar nicht erreicht, mit dem sie sich aber nicht zu Unrecht vergleicht. Wie sein Vorbild läßt Buchanan den Staat aus einem hypothetischen, gewalttätigen und rechtlosen Naturzustand hervorgehen, und wie Hobbes gegen das *summum bonum* des Aristotelismus, polemisiert Buchanan gegen die Ideen des Gemeinwohls und des allgemeinen Interesses und weist entschieden die Vorstellung zurück, ein »mystical general will«, ein allgemeiner Wille bestimme in irgendeiner Weise die Politik und den Staat.

Buchanan wird im angelsächsischen Sprachraum häufig mit den Philosophen John Rawls und Robert Nozick in einem Atemzug genannt, und diese Arbeit soll zeigen, daß dies zu Recht geschieht. Der philosophisch interessanteste Text Buchanans ist sein Buch »The Limits of Liberty«, das unter dem Titel »Die Grenzen der Freiheit« auch ins Deutsche übertragen wurde. Es zeigt in beeindruckender Weise, wie sich ökonomische Methoden und Gedanken für die politische Philosophie fruchtbar machen lassen – hierin ist Buchanan, wie ich finde, überzeugender als Rawls und Nozick.¹ Es sind nicht zuletzt die ökonomischen Argumente, die Buchanan bei ähnlichen Grundannahmen zu einem anderen Resultat führen als Hobbes. Was Buchanan mit diesen Argumenten begründen will, ist der moderne demokratische Verfassungsstaat und nicht der Leviathan des Hobbes, der von einem keiner konstitutionellen Beschränkung unterworfenen Souverän beherrscht wird.

Jedoch spielt bei Buchanan auch der Name, den Hobbes seinem Staat gegeben hat, eine wichtige Rolle; er verknüpft sich mit der Gegenwartsdiagnose, die Buchanans ökonomische Theorie des Staates stellt. Die Public-Choice-Theorie ist nicht zuletzt eine Theorie der Krise des modernen, ständig wachsenden Wohlfahrtsstaates, dessen Funktionsweise sie ausführlich untersucht hat. Dieser Wohlfahrtsstaat ist Buchanans »Leviathan«, denn dieser Staat verbraucht nicht nur eine wachsende Menge

¹ Bei *Rawls* (1971, 1975) und *Nozick* (1974) wirkt der teilweise ausgiebige Gebrauch ökonomischer Modelle und Begriffe etwas bemüht, und man kann oft nicht erkennen, daß durch diese Modelle und Begriffe etwas gezeigt würde, was sich nicht auch ohne sie zeigen ließe. Die in ökonomischen Termini vorgetragene Argumentation bezeugt wohl vor allem den großen Einfluß, den die Public-Choice-Theorie auf die zeitgenössische politische Philosophie in Nordamerika ausübt. Autoren, die sich selbst als liberal verstehen, können dort offenbar kaum noch ein Buch zur politischen Philosophie veröffentlichen, in dem nicht wenigstens der Begriff der »Pareto-Optimalität« vorkommt (so jüngst *Thomas Nagel* [1994]).

von Ressourcen. Durch die stetige Erweiterung seiner Kompetenzen bedroht er die Freiheit der Einzelnen und entzieht sich zugleich immer mehr der Kontrolle der Bürger oder ihrer gewählten Vertreter. Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates ist durch die Wohlfahrtsökonomik begünstigt worden, die gerne mit dem Begriff des Gemeinwohls operiert. Die Begriffe Gemeinwohl, allgemeines Interesse und allgemeiner Wille sind daher für Buchanan und die ökonomische Theorie des Staates nicht nur leere, doch harmlose Titel, sondern ideologische Masken freiheitsfeindlicher politischer Bestrebungen.

Vor diesem Hintergrund ordnet sich Buchanans Theorie in das Spektrum des politischen Neoliberalismus ein. Sie plädiert für die Reduktion oder sogar die Beseitigung des Wohlfahrtsstaates, doch sie tut das mit dem Argument, daß der *homo oeconomicus*, wenn er nur seinem aufgeklärten Eigeninteresse folgt, im Politischen auf eine konstitutionelle, strikte Beschränkung der Staatstätigkeit hinwirken wird. Das Freiheitsinteresse, das die Public-Choice-Theorie offenbar ganz natürlicherweise hat, ist danach ebenso natürlich auch das des Entscheidungssubjekts der Ökonomik.

Nach einem Wort Hannah Arendts sind es bei bedeutenden Autoren die Widersprüche, in die sie sich verstricken, die ins Zentrum ihres Werkes führen. Insofern spricht es für den Rang Buchanans, daß sich die stärksten Einwände gegen seine eigenen Thesen bei ihm selbst finden. Wie gerade »The Limits of Liberty« deutlich macht, ist es das nutzenmaximierende, ökonomische Verhalten der Individuen selbst, das jenen Wohlfahrtsstaat hervorbringt, dessen Begünstigung die Public-Choice-Theorie der Wohlfahrtsökonomik vorwirft. Geraten so das Interesse an der Mehrung des eigenen Nutzens und das Interesse an der Freiheit miteinander in Konflikt, dann ist es die Freiheit, für die Buchanan sich entscheidet. Statt auf einen individuellen Kalkül gründet er zuletzt die Verfassung der »freien Gesellschaft freier Menschen« auf ein allgemeines Interesse, nämlich auf ein Interesse an der Freiheit selbst, wenn er für eine »konstitutionelle Revolution« plädiert und sich damit in die Tradition der amerikanischen Revolution stellt. Darin liegt das Eingeständnis, daß sich eine *ökonomische* Theorie des demokratischen Verfassungsstaates nicht formulieren läßt. Und die Desiderate, die Buchanans Entwurf am Ende übrigläßt, werden eher von der nachrevolutionären deutschen Tradition politischer Philosophie erfüllt als von der angelsächsischen.

Dieses kritische Fazit bedeutet freilich nicht, daß die ökonomische Perspektive auf den modernen Staat illegitim wäre oder die Public-Choice-Theorie nicht eine Fülle von Einsichten in die Struktur der modernen Po-

litik ermöglichte. Es ist auch unter Freiheitsgesichtspunkten berechtigt, Institutionen und Leistungen, die der Staat erbringt, nach ihren Kosten zu beurteilen – auch die Rechtsphilosophie Hegels erkennt das an.

Besonders hervorheben möchte ich dabei den Beitrag, den die ökonomische Theorie der Politik für eine politisch-rechtliche Bewältigung von Folgen der ökologischen Krise leisten kann. Der ökonomische Begriff des Rechts, der Rechte als kollektiv festgelegte »Bündel« von Möglichkeiten des Handelns und der Nutzung von Ressourcen begreift, erlaubt es, die Entstehung von Umweltproblemen als Folgen »unzureichend definierter Eigentumsrechte« zu verstehen, nämlich an Ressourcen wie Wasser, Erde und Luft. Dieser ökonomische Rechtsbegriff ist dabei durchaus verträglich mit einer Rechtstheorie, wie sie von Immanuel Kants »Metaphysik der Sitten« entwickelt wird. Daß indessen das Ziel solcher rechtlichen Regelungen, die Erhaltung der natürlichen Umwelt und des menschlichen Lebens, im »aufgeklärten Eigeninteresse« eines jeden liege, das vermag die ökonomische Theorie der Politik ebensowenig zu zeigen, wie sie es für die demokratische Verfassung des Staates kann.²

Zum Aufbau

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil stellt die Genese der ökonomischen Theorie der Politik und die ökonomische Theorie des Staates in der Fassung Buchanans dar. Im zweiten Teil befaße ich mich mit den Desideraten und Aporien dieser Theorie und untersuche, inwieweit die philosophischen Entwürfe Rousseaus und Habermas', Kants und Hegels geeignet sind, aus diesen Aporien herauszuführen und die Desiderate zu erfüllen.

Ausgehen werde ich von einer Einschätzung Dennis Muellers, des Autors eines Standardwerks über die Theory of Public Choice, der diese Theorie zwischen Aristoteles und Adam Smith zu lokalisieren sucht. Diese Auskunft stellt sich als ungenügend und sogar teilweise irreführend heraus. Das zweite Kapitel des ersten Teils befaßt sich mit dem Utilitarismus und dessen Wirkung auf die Ökonomik. Es hat auch die Aufgabe, mit den zentralen Begriffen der modernen Ökonomik vertraut zu machen, deren Herkunft aus dem Utilitarismus aufgewiesen wird. Am Ende dieses Kapitels ist ein Begriff der »reinen Ökonomik« gewonnen, der erst die

² Vgl. unten Kapitel IV, 4. u. 5.

Grundlage der ökonomischen Theorie der Politik bildet, die dann im dritten und letzten Kapitel des ersten Teils vorgestellt wird.

Das vierte Kapitel diskutiert die Schwierigkeiten, denen eine ökonomische Theorie des demokratischen Staates begegnet. Als deren Lösung bietet es sich an, diesen Staat auf eine lexikalische Präferenz für die Freiheit selbst zu gründen. Welche Probleme dieser Vorschlag mit sich bringt, läßt sich an der politischen Philosophie Rousseaus und an der Diskurstheorie von Habermas studieren (Kapitel V). Erst Kants »Metaphysik der Sitten« vermag einen Begriff der »Verfassung der Freiheit« zu geben (Kapitel VI), und Hegels Rechtsphilosophie kann zeigen, wie eine solche Verfassung sich erhält (Kapitel VII).

Kapitel I

Die ökonomische Theorie der Politik zwischen Aristoteles und Adam Smith

In der Einleitung zur zweiten Auflage seines Buches »Public Choice«, einer umfassenden Darstellung der ökonomischen Theorie der Politik, bemüht sich Dennis C. Mueller um eine einprägsame Formulierung, die das Spezifische dieser Wissenschafts- und Forschungsrichtung mit einem Wort zum Ausdruck bringt. Die Theorie des Public Choice, der öffentlichen Wahlhandlung steht in enger Beziehung zu unterschiedlichen Theorien: einmal zur politischen Philosophie oder der politischen Wissenschaft und dann zur Ökonomik als Wirtschaftstheorie. Diese Theorien haben nicht nur verschiedene Gegenstandsbereiche, sie fassen den Menschen auch in unterschiedlicher Weise auf, je nachdem er auf dem Markt oder in der politischen Öffentlichkeit agiert. Für diese unterschiedlichen Sichtweisen zitiert Mueller jeweils Aristoteles und Adam Smith: »Aristotle [...] thought that man's natural proclivities were toward discourse and political activity. Adam Smith [...] saw instead a propensity to engage in economic exchange.« Erscheint der »political man« von der Sorge um das öffentliche Interesse geleitet, so hat der »economic man«, der Marktteilnehmer, offenbar nur sein privates Interesse im Auge. Doch sind nicht beide, nicht bloß numerisch als ein und dieselbe Person, sondern auch in ihrer Handlungsorientierung identisch? »Could both Aristotle and Smith have been right? Could political man and economic man be one and the same? In the field of public choice, it is assumed that they are.« (Mueller [1989: 1])

Dieser vorläufigen Charakterisierung der »Theory of Public Choice« ist offenbar zweierlei zu entnehmen. Erstens: Als Grundlagentheorie wie als Untersuchungsmethode stützt sich die ökonomische Theorie der Politik auf ein generalisiertes Modell menschlichen Handelns und Verhaltens. Ihren empirischen Analysen legt sie die Hypothese zugrunde, daß menschliches Handeln zumindest in einem wesentlichen Aspekt invariant in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen bleibt. Die Theorie

Namensregister

- Ackerman, B. 88, 253, 263
Arendt, H. 7, 10, 224, 226 f., 230, 242 f.,
246, 252 ff., 260
Aristoteles 10-17, 18 ff., 31, 36 f., 65, 131,
140, 180, 230, 238, 251
Arrow, K. J. 43, 53, 57-63, 85, 89, 90, 92,
94, 152
Atkinson, A. R. 88
- Becker, G.S. 72
Bentham, J. 32 ff., 44 ff., 52, 54 f., 63, 125
Bergson, A. 47, 58 f.
Bernholz, P. 113, 123, 127, 147, 172 ff.,
180 f., 210, 245
Bloch, E. 229
Blöchliger, H. 81
Bohnen, A. 51
Brandt, R. 41, 211
Brennan, G. 84, 117, 137, 152 f., 161,
164 f.
Bund, D. 139
- Coase, R. 69, 81
Condorcet, M. J. A. C. 61
Congleton, R. D. 117
- Dasgupta, P. S. 42, 44
Downs, A. 53, 71, 76 f., 86
- Ebbinghaus, J. 221
- Faber, M. 25, 32, 103
Forschner, M. 178
Fulda, H. F. 202, 231
- Gäfigen, G. 65, 67, 103
Gerhardt, V. 221
- Gossen, J. H. 44 f.
Gray, J. 72, 76, 113, 135, 166
- Habermas, J. 179, 184-197, 202, 214, 217,
219, 221, 223, 225, 242, 260
Harsanyi, J. C. 50
Hayek, F. A. 30, 69, 170 ff., 205, 236
Heal, G. M. 42, 44
Hegel, G. W. F. 8, 192, 198 ff., 228-264
Hicks, J. R. 56 f.
Hobbes, Th. 6, 17-24, 31 f., 36, 39, 72,
108 f., 126, 129 ff., 140, 142 f., 146, 151,
158, 175, 201 ff., 230
Höffe, O. 22, 39 f., 56, 221, 225, 228 f.
Hoerster, N. 34, 42
Homann, K. 30, 43, 69 f., 106, 119, 137,
149, 157
Hume, D. 105, 131, 165
- Jaspers, K. 224
Jefferson, Th. 253
Jevons, W. St. 45 f.
- Kaldor, N. 56 f.
Kant, I. 8, 52, 124 f., 162, 175, 197 ff.,
206-227, 230 ff., 237, 245, 247, 249 ff.,
255, 257
Karl I. Stuart 18
Kersting, W. 208 ff., 213, 216 ff., 229,
232
Kliemt, H. 72, 126, 157, 162
Kodalle, K.-M. 109
Koller, P. 126, 139 f.
Kriele, M. 190, 192
- Locke, J. 38, 87, 104, 110, 112, 129, 211,
213, 215, 217, 232

- Lomasky, L. 164
 MacIntyre, A. 37
 Madison, J. 253, 262
 Maier, H. 239
 Mandeville, B. 22
 Manstetten, R. 25, 32
 Marshall, A. 49, 64
 Marsilius von Padua 17
 Marx, K. 45, 65, 68
 Maus, I. 178 f.
 Menger, C. 46
 Mill, J. St. 33 f., 37 ff., 46, 52, 131
 Mirrlees, J. A. 43
 Mises, L. von 69
 Montesquieu, C. 251, 259, 261
 Moore, G. E. 35, 41
 Mueller, D. 10 f., 21, 31, 43, 58, 63 f., 72,
 82, 91, 103, 145, 165

 Nagel, Th. 6
 Niskanen, W. 145
 Nozick, R. 6, 30, 87, 99, 104 f., 112 f.,
 118 ff., 137, 166, 211, 247
 Nutzinger, H. G. 28 f.

 Olson, M. 23, 145

 Pareto, V. 51 f., 54
 Pigou, A. 47 ff., 65, 80
 Platon 12, 144, 239, 250
 Popper, K. R. 229
 Priddat, B. 236, 239

 Rawls, J. 6, 40, 42, 51 f., 56, 95 f., 118 ff.,
 137, 166, 168, 229
 Recktenwald, H. C. 27 f.
 Ricardo, D. 45
 Ritter, J. 255
 Robbins, L. 33, 49 f., 52, 54 f., 65 f., 70 f.,
 75, 80, 107, 165
 Robespierre, M. 179, 182, 254

 Romer, Th. 85, 139
 Rousseau, J.-J. 77, 89 f., 93, 151, 175–183,
 188 f., 193 ff., 201 f., 204, 206, 211 ff.,
 218 f., 221, 237 f., 251
 Russell, B. 200

 Samuelson, P. 47, 58
 Sandmo, A. 86
 Schmitt, C. 178 f., 182
 Schumpeter, J. 12, 15, 29 f., 44 f., 95, 154
 Scitovsky, T. 57
 Sen, A. K. 43, 50 f., 53, 55, 58 f., 102, 154,
 157
 Sidgwick, H. 33, 35 f., 40
 Smid, St. 189
 Smith, A. 4, 23–31, 33, 39, 45 f., 64 f.,
 74 f., 91, 109, 131, 166, 207, 230, 236
 Sokrates 199 f., 250
 Sombart, W. 65
 Spaemann, R. 178, 189 f.
 Spinoza, B. 20, 72, 129 f.
 Staehelin-Witt, E. 81

 Thomas von Aquin 16, 23, 32, 175
 Tugendhat, E. 188, 205, 207
 Tullock, G. 64, 84 ff., 142, 210

 Urmson, J. O. 42

 Vanberg, V. 157 ff., 222
 Vaughn, K. I. 138 f.
 Viner, J. 171

 Walras, M. E. L. 45 f.
 Watrin, Chr. 147
 Weimann, J. 160
 Wicksell, K. 88

 Xenophon 12

 Zintl, R. 85, 92, 109, 113, 117, 129,
 137 ff., 141, 149, 162

Sachregister

- Allokationseffizienz 81 ff., 117
Altruismus 72 f.
Anarchie 107, 147
– geordnete 108, 144, 147, 240 f., 250
– Hobbessche 108 ff., 129
– konstitutionelle 123, 146
Arbeitsteilung 25
Arbeitswertlehre 45 f.
Argumentationspraxis 193 f.
Armut 246
Arrow-Paradox (Unmöglichkeitstheorem) 61, 117
Autarkie 12, 14
Autonomie 201
– private 195 f.
Azyklizität 59
- Behaviorismus 50
Beobachter, unparteiischer 5, 36, 41, 43 f., 63, 88, 92, 100, 122, 196
Bergson-Samuelson-Wohlfahrtsfunktion 58
Besitz, rechtlicher 211 ff.
bürgerliche Gesellschaft, 235 ff., 238, 249, 262
- Coase-Theorem 81
Constitutio libertatis 252, 257
Constraint 138, 153
Contractarian 156, 168, 174, 253, 262
Contractarianism 158
- Demokratie 86, 92, 94, 122, 150, 155, 157 ff., 162, 164, 168, 171, 180, 186 f., 190, 193
Denken 199 f., 230, 236, 250
Despotismus 155, 162, 219
– der Freiheit 179, 182 f., 224
Differenzprinzip (Unterschiedsprinzip) 56, 119
direkte Produktion, Position der 111, 120
Diskurs 184 ff., 195 ff.
Diskursprinzip 190
- Egoismus 72 f.
Eigentum 80 f., 105, 111, 196, 212, 217, 232
Einkommensumverteilung (Redistribution) 55, 82 ff., 100 ff., 116, 118 f., 123, 145, 217
Einkommensversicherung (*income insurance*) 101, 119
Einstimmigkeitsregel 88 ff., 92, 98 f., 102 f., 119, 125, 158, 164, 171 ff., 216
Entscheidung 68 ff.
Entscheidungskosten 69, 97 ff., 116
Entscheidungsregel 98 f.
– kollektive (*Collective Choice Rule*) 59
Entscheidungstheorie 3, 67
Erwerbskunst (*κτητικὴ*) 14, 65
externer Effekt 70, 79 f., 97, 106
- Fairneßprinzip 42
Federalist 253, 261
Founding Fathers 252
Freiheit 175 f., 201 f., 237
– individuelle 16, 87, 120, 124, 165, 167 f., 170, 180, 197, 205, 238, 240, 247
– kommunikative 187, 192 f., 195
– natürliche 28
– öffentliche 197, 251, 254 ff., 263
– politische 172, 197, 205, 214, 218 ff., 251, 254
– private 197, 218 ff., 238

- rechtliche 214
- subjektive 16, 156, 165, 191, 193, 195, 239
- Gefangenendilemma 79, 113
- Geldwerbskunst (χρηματιστική) 15 f.
- Gemeinwohl 7, 75 ff., 154 ff.
- Gemeinwohl-Attitüde 76, 154
- gerechter Preis 25
- Gerechtigkeit 13, 16, 23, 26 ff., 38 f., 41, 120, 131, 154
 - distributive 15, 20 f., 105, 119, 131, 214
 - kommutative 15, 20 f., 131
 - soziale 171
- Gesellschaftsvertrag 5, 22, 89, 103, 110, 112, 125 f., 128, 130 f., 146, 158 f., 176 f., 184, 203, 216
 - Neuverhandlungen des 127
- Gesetz 163
 - moralisches 206
 - natürliches 215
- Gewaltenteilung 103, 121, 190, 197, 256
- Gleichgewicht, natürliches 110, 126, 128, 159, 172, 217, 241
- Gleichheit 94 ff., 117, 135, 142, 177 f., 208 f., 217, 219 f., 232, 251
- Glück, öffentliches (*public happiness*) 253 f.
- Glückseligkeit 12 f., 19, 36 f., 152, 162, 218, 222 f.
- Grenznutzen 46, 49, 69
- Gut
 - gemeinschaftliches 152
 - höchstes (*sumum bonum*) 17 f., 37, 151
 - öffentliches 78 f., 97, 115, 123
- Güterverteilung, natürliche 110
- Handeln 234
 - kollektives 82, 97, 100 ff., 116, 146, 149, 197, 248
 - kommunikatives 187, 189 f., 191, 197, 242
 - strategisches 188, 191
- Handlungsregel 38
- Haus (οἶκος) 13, 65
- Hausverwaltungskunst (οἰκονομική) 13, 28
- Hedonismus 35, 38 f., 42, 46
- Herrschaft 257
 - des Gesetzes 171 f., 220
- homo oeconomicus* 71 ff., 153, 163 f., 188, 230
- Idee 231, 246
- Imperativ, kategorischer 124, 207, 221, 224
- Imperialismus, ökonomischer 3
- Indifferenzkurve 52
- Individualismus, methodologischer 71, 85, 114, 159, 166 f., 168, 170, 173, 206, 248
- Interesse 239
- Interdependenzkosten, soziale 97 ff.
 - allgemeines 7, 40, 87, 92, 136, 151, 153 ff., 162, 167 ff., 185, 196, 255, 258, 260 f.
 - konstitutionelles 135, 150 f., 156 f., 168, 173 f., 222, 253 f., 258
 - langfristiges 130
 - öffentliches 11, 162
 - verallgemeinerungsfähiges 185 ff.
- interpersoneller Nutzenvergleich 43 f., 48 f., 50, 52, 54, 57 f., 62, 80, 88, 98, 100, 165
- Intuitionismus 35
- Knappheit 67 f., 70
- Kompensationsprinzip 56 f.
- Kompromiß 123, 185 f.
- Konformismus 238, 242, 262
- Konsens 89 f., 131, 184 ff., 188 ff., 194
- Konstitution 114, 118, 126, 128, 146, 160, 257
- Konstitutionelle und postkonstitutionelle Ebene (*constitutional/postconstitutional level*) 87, 93 f., 96, 176
- Kooperation 22, 24 f.
- Korporation 246, 258 f.
- Kosten, externe 97 f., 139
- Kostenkonzept, ökonomisches 68 ff., 74, 159, 166
- Leben
 - gutes 18, 26, 163
 - vollkommenes 12 f., 18, 222
- Leidenschaft 19
- Leistungsstaat 113 ff., 123, 144, 239

- Liberalismus 52, 87, 156, 158, 165, 239, 254
 Lust und Unlust 34 ff., 39
 Macht 19 f.
 Markttausch 23 ff.
 Marktversagen 75, 77
 Mehrheitsentscheidungsregel 61 f., 98 ff., 145
 Merkantilssystem 27
 Minimalstaat 99, 113, 120, 149
 Monarch 257
 Moralität 206, 208, 233

 naturalistischer Fehlschluß 165
 Naturrecht, Recht der Natur 20, 36, 124, 158 f., 211
 Naturzustand 213, 215, 217
 Neoliberalismus 7
 Not- und Verstandesstaat 241, 244
 Nullsummenspiel 101, 128
 Nutzen(begriff) 20, 33 f., 44 f., 50
 – kardinaler 43
 – ordinaler 53 f., 57, 62 f.
 – präferenzorientierter 52, 67 f.
 – subjektiver 45, 68
 – subjektivistischer 84, 119
 Nutzenmaximierung 55, 58, 68, 151
 Nutzenmaximum 36, 48, 54, 155, 243
 Nutzenmessung, kardinale 53, 62, 98
 Nutzenprinzip (*principle of utility*) 33 f., 36 ff.
 Nutzensumme 59

 öffentliche Meinung 193, 220, 261 f.
 Öffentlichkeit 203, 220, 260 f.
 Ökonomie, politische 26, 29
 Ökonomik
 – reine 3, 64 ff.
 – subjektivistische 69 ff., 242
 Opportunitätskosten 70
 Opportunitätskosten-Kriterium 158 f.
 Ordnung, spontane 25, 32
 Organismus 256

 Pareto-Kriterium 33, 54 f., 56, 58 ff., 63, 74, 83 f., 88, 92, 102, 107, 118 f., 125, 159
 Pareto-Optimalität (-Effizienz) 47, 54, 56 f., 77, 80 ff., 106, 141
 Pareto-Superiorität 54, 79, 116
 Pareto-Verbesserung 89, 164
 Paternalismus 125, 172, 182 f., 194, 241, 243
 Patriotismus 256, 258
 Person 232, 235
 Pflicht 208, 210, 248
 Pigou-Steuer 80
 Polis (πόλις) 12, 16, 65, 235
 Politik, deliberative 193 f., 260
 Polizei 239, 241, 247
 Präferenz 51 f., 53, 62 f., 88, 124
 – endogene 140 f.
 – lexikographische, für die Freiheit 156, 173 ff., 178, 205, 224, 263
 Präferenzbeschränkungen 138
 Präferenzordnung 53, 60 ff., 70, 78
 – soziale 59 ff.
 Präferenzrelation 57
 – zyklische 61
 Property-Rights-Theorie 91, 106, 211

 Rationalität 53, 68, 70, 74
 Realeinkommen 48
 Recht 38, 103 ff., 118 f., 158, 191 f., 195, 208 ff., 217 f., 232 ff., 248
 – abstraktes 233 f.
 Rechtlicher Zustand 216, 218 f.
 Rechtmäßiger Zustand 220
 Rechtsbegriff, ökonomischer 8, 105
 Rechtsgehorsam 121, 129, 148
 Rechtsordnung 28, 121, 128, 143 f.
 Rechtspflege 239, 241
 Rechtsschutzstaat 112 f., 121 ff., 131, 144, 146, 239
 Rechtsstaat 192 f.
 Reflexion, Logik der 236
 Regelutilitarismus 42
Rent Seeking 145
 Repräsentation 93
 Revolution 252
 – amerikanische 7, 252 f.
 – französische 256, 263
 – konstitutionelle 7, 143, 149 f., 161, 221, 223 f., 252 ff.

- Schleier der Unwissenheit 95, 119
 Seitenzahlung (*side payment*) 91, 98, 100
 Selbstbestimmung 202
 Selbstinteresse 23–31, 65, 121, 226, 235
 Selbstliebe 222 f.
 Selbstzweck 251, 258
 Sitte 250
 Sittlichkeit 234
 Skeptizismus 200
 Sklavereivertrag 142 f., 158, 176
 Souveränität 257
 Soziale Wohlfahrtsfunktion 47, 58 ff., 89, 92, 117
 Spieltheorie 78 f., 160
 Staat 12 f., 213 ff., 217 ff., 221, 224, 238, 247 ff.
 Staatsversagen 147
 Stimmentausch (*log rolling*) 62, 91
 Strafrecht 233
 System der natürlichen Freiheit 25 f., 91

 Todesfurcht 72, 143
 Transaktionskosten 81
 Transferleistungen 112, 120, 149
 Trittbrettfahrerproblem 115
 Tugend 14, 23, 28, 37
 – politische 246, 251, 258 ff., 263

 Unersättlichkeit (Gewinnsucht, *πλεονεξία*) 16, 19 f., 180
 Unlust 44
 Unsicherheitspostulat 95 f., 101, 117, 119, 142, 161, 210
 unsichtbare Hand 26, 32
 Utilitarismus 4, 32 ff., 49, 58, 65, 85, 125, 131, 155 f., 243
 – klassischer 33 ff., 46, 49 ff., 54, 59, 62 f., 92, 122, 125, 165

 Verfassung der Freiheit 170 f., 173, 256, 263
 Verhaltensregeln, Verhaltensbeschränkungen 111 f., 191
 Vermögen 245
 Vernunft 19, 199 f., 206 f., 225, 250
 Vernunftrecht 198 ff., 202, 207
 Verpflichtung 126, 130, 162

 Verstand 199, 225
 Vertrag
 – hypothetischer 125, 129
 – impliziter 125, 128
 – indirekter 116, 123
 – konstitutioneller 112, 114 f.
 – ursprünglicher (*contractus originarius*) 27, 216, 219
 Volkssouveränität 192 f., 195

 Wahl 67 f.
 Wahrheit 152, 181
 Wiederverhandlungserwartungen 127
 Wille 202, 231 f., 248 ff.
 – allgemeiner 7, 152, 177, 179, 181 f., 185, 187, 202, 212 ff., 216, 220, 240, 249
 – besonderer 178, 187
 – freier 232, 244
 – natürlicher 231
 – substantieller 249
 Willkür, Willkürfreiheit 191, 203, 206, 208 f., 231, 233, 237, 244
 Wohl, öffentliches 177, 181
 Wohlfahrt 47
 – materielle 44
 Wohlfahrtsmaximum 4 f., 49
 Wohlfahrtsökonomik 4 f., 7, 42 f., 46 f., 49, 56, 58 f., 63, 65, 74 ff., 82, 84, 97, 122, 125, 155, 165, 223
 – paretianische 101
 Wohlfahrtsoptimum 82
 Wohlfahrtsstaat 6 f., 146, 160, 180, 182, 196, 203, 219, 223, 240 f., 243 f., 264
 Wohlwollen 24 f.
 Wohlwollender Diktator 5, 41, 76, 92, 122
 Würde 197, 206

 Ziel
 – allgemeines 19
 – gemeinsames 166
 – höchstes (*finis ultimus*) 13, 19, 37
 Zwang 158, 191, 205, 207 f., 209, 215
 Zweck 163
 – allgemeiner 163
 – an sich selbst 206